

Mindestlohn: Chancen und Risiken

Die Ampelkoalition will den allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn zum 1. Oktober 2022 auf 12 Euro brutto die Stunde anheben. Damit wird der Mindestlohn immer stärker zum Spielball der Politik.

In der Regierungszeit von Angela Merkel wurde zum 1. Januar 2015 erstmals ein allgemeiner, gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro eingeführt. Davon profitierten rund vier Millionen Menschen, vor allem Frauen und Beschäftigte in Ostdeutschland. Über die weitere Erhöhung des Mindestlohns entscheiden seitdem alle zwei Jahre die Sozialpartner in der paritätisch besetzten Mindestlohnkommission. Deren Beschlüsse werden durch die Bundesregierung mittels Rechtsverordnung umgesetzt.

Seit seiner Einführung ist der Mindestlohn in insgesamt sechs Schritten auf aktuell 9,82 Euro gestiegen. Zum 1. Juli 2022 erhöht er sich auf 10,45 Euro. Bei ihren Beschlüssen orientiert sich die Mindestlohnkommission an der durchschnittlichen Entwicklung der Tariflöhne aller Branchen in Deutschland. So sieht es das Mindestlohngesetz vor. Damit soll sichergestellt werden, dass die Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns die tariflich ausgehandelten Lohnerhöhungen abbildet.

Die Lohnfindung liegt in einer sozialen Marktwirtschaft in den Händen der Sozialpartner. Dort ist sie gut aufgehoben. Das zeigt sich auch bei den Beschlüssen der Mindestlohnkommission. Die Kommission hat in den letzten Jahren ihre Spielräume mehrfach zu nutzen gewusst und bewirkt, dass beispielsweise die Erhöhungen des Mindestlohns zum 1. Januar und zum 1. Juli 2022 insgesamt höher ausfallen werden als die Tariflohnentwicklung. Dies zeigt: Sozialpartnerschaft wirkt.

Demgegenüber greift nun die Ampelkoalition politisch motiviert in die Festsetzung des Mindestlohns ein und entmachtet die Sozialpartner. Bei der Vorstellung der Mindestlohnkommission im Februar 2015 betonte die damalige SPD-Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles noch, dass man keinen politisch festgesetzten Mindestlohn wolle und deshalb eine unabhängige Kommission über künftige Anpassungen der Lohnuntergrenze entscheidet. Sonst, so Nahles treuherzig, öffne man „Willkür und Populismus Tür und Tor“. Diese Türen und Tore stieß die SPD im Bundestagswahlkampf 2021 weit auf und versprach einen Mindestlohn in Höhe von 12 Euro. Nun wird dieses Wahlversprechen eingelöst. Damit werden mehr als 100 Tarifverträge ausgehebelt. Und auch deren gesamtes Lohngefüge muss neu justiert werden. So schwächt die Ampelkoalition die Sozialpartnerschaft in Deutschland,



Stephan Stracke MdB ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

obwohl sie sich doch im Koalitionsvertrag gerade die Stärkung der Tarifpartnerschaft auf die Fahne geschrieben hat.

Schlimmer noch: Mit der politischen Setzung des Mindestlohns auf 12 Euro wird die Höhe des Mindestlohns immer stärker zum Spielball der Politik. Ein politischer Überbietungswettbewerb ist die Folge. So fordern die Linke und Teile der Gewerkschaften bereits einen Mindestlohn von deutlich über 12 Euro.

Dazu passt ins Bild, dass die Ampelkoalition die Begründung zur Höhe des Mindestlohns verändert. Die Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 war von der Überzeugung getragen, dass nur faire Löhne für einen funktionierenden Wettbewerb sorgen. Die Wirtschaft soll und darf sich keine Wettbewerbsvorteile durch Lohndumping verschaffen. Der Mindestlohn verfolgte damit einen klaren ordnungspolitischen Ansatz. Dieser Ansatz wird jetzt verlassen. Jetzt geht es der Ampel um mehr gesellschaftliche Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Auch sollen nun besser Altersrenten oberhalb des Grundsicherungsniveaus erreicht werden. Auffallend ist, dass die Ampel mit 12 Euro ihre selbst gesteckten Ziele nicht erreicht. Die Erhöhung des Mindestlohns soll nach der Gesetzesbegründung dem zur Ermittlung eines angemessenen Mindestlohniveaus international anerkannten Schwellenwert von 60 Prozent des Bruttomedianlohns gerecht werden. Der Mindestlohn müsste dann aber deutlich über 12 Euro liegen. Auch das zeigt: Die neue Beliebigkeit in der Rechtfertigung der Höhe des Mindestlohns lässt viel politischen Spielraum für die Zukunft. Der Mindestlohn wird immer stärker zum Spielball der Politik.

Forum Arbeit



ZUR SACHE Chancen und Risiken des Mindestlohns
MAGAZIN Nachrichten aus dem Verband **TITEL** Mindestlohn
BAG ARBEIT TRIFFT Prof. Dr. Marcel Thum **VOR ORT**
 Arbeitskreis Recycling e.V. **VERANSTALTUNGSTIPPS** Alle
 Seminare auf einen Blick **NACHGEFRAGT** bei Björn Kazda



Zur Sache

Chancen und Risiken des Mindestlohns 2
Marc Hentschke

Magazin

Mindestlohn – Wirkungen und Mängel 3
Andreas Hammer

Buch- und Filmtipp 6

Mindestlohn: Chancen und Risiken

12 Euro Mindestlohn: Ein lange überfälliger Schritt 7
Dr. Malte Lübker

Kommentare aus dem Bundestag 11

bag arbeit trifft

Prof. Dr. Marcel Thum 16

Vor Ort

Arbeitskreis Recycling e.V. 19

Veranstaltungstipps

22

Nachgefragt

Björn Kazda 24

Chancen und Risiken des Mindestlohns



Unser stellvertretender Vorstand Marc Hentschke ist Geschäftsführer des Sozialunternehmens Neue Arbeit gGmbH.

Die Erhöhung des allgemeinen Mindestlohns war das wichtigste Wahlkampfversprechen der SPD im Bundestagswahlkampf 2021. Viele Jahre haben die Tarifpartner es in den unteren Einkommensgruppen nicht erreicht eine armutsfeste Vergütung auszuhandeln. Nun sieht sich der Staat in der Verantwortung einzugreifen und die untere Lohngrenze ab 01.10.2022 durch eine politische Entscheidung auf 12,- Euro Stundenlohn zu setzen.

Es ist unstrittig eine weitere Abkopplung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Entlohnung für viele Menschen, die in den Einkommensklassen arbeiten. Volkswirtschaftlich ist es sinnvoll. Unternehmen mit personalintensiven Geschäftsmodellen werden, wenn sie die Lohn-erhöhung nicht am Markt durchsetzen können, in Bedrängnis kommen und für einen Marktverbleib Kostenstrukturen anpassen müssen.

Bei Sozialunternehmen kommt es auf das Refinanzierungsmodell an. Wenn die Finanzierungen der Beschäftigten nach § 16i erfolgt, wird die Lohnerhöhung durch die Erhöhung der Förderung in den ersten beiden Jahren vollständig kompensiert, in den drei Folgejahren werden die Unter-

nehmen bei einer Vollzeitstelle im Schnitt eine größere Belastung von 667,- Euro p.a. pro Stelle haben. Diese Belastung wird durch die Erhöhung der Preise am Markt zu refinanzieren sein. Für Inklusionsunternehmen, bei denen Menschen, die schwerbehindert und besonders betroffen sind, arbeiten, verhält es sich deutlich komplizierter. Hier gewährt das jeweilige Integrationsamt des Bundeslandes einen Beschäftigungssicherungszuschuss, der i.d.R. bei max. 30% liegt. Die Mehrbelastung durch die 15% Erhöhung des Mindestlohns pro Stelle liegt bei 2.368 Euro p.a.. Diese Steigerung ist nicht ad hoc am Markt durchzusetzen. Insofern ist es existentiell wichtig, dass die Integrationsämter die ungeplante Lohnerhöhung durch Erhöhung des Förderungssatzes ausgleichen. Ansonsten droht den besonders benachteiligten Menschen am Arbeitsmarkt statt Inklusion eine Exklusion.



Abonnement – forum arbeit

forum arbeit erscheint viermal im Jahr. Sie finden in der Verbandszeitschrift aktuelle Artikel, Interviews und Berichte sowie einen umfangreichen Serviceteil mit Terminen, Adressen und Literaturtipps rund um das Thema Beschäftigungsförderung.

Der Preis des Jahresabonnements beträgt zurzeit Euro 20,00 (zzgl. 7% MwSt. und Versand).



- Ich/ wir möchte/ n forum arbeit abonnieren und bitte/ n um Zusendung mit Rechnung an folgende Anschrift:

Ansprechpartner:in: _____

Anschrift des Unternehmens:

Datum: _____

Unterschrift: _____